

Das Krampfprogramm der sächsischen „Linken“

Endlich geboren — aber kein Kampf- sondern ein Krampfprogramm! — SPD-Arbeiter, räumt auf mit den „linken“ Phrasen! Kämpft mit uns in der revolutionären Klassenfront!

Es freit ein Berg,
ein Häuslein ward geboren.

Dresden, 28. März.

Die „Linken“ haben ein „Programm“ beschlossen, das sie als Regierungsplattform den sächsischen Kapitalisten aus der Volkspartei unterbreiten und um es vorzunehmen es ist ein Nachwort überliefert. Selbstverständlich mit einer Einfette versehen, die „Vollständigkeit“ vortäuscht.

„Wie wollen die „Linken“ die Erwerbslosigkeit bekämpfen?“

Nicht etwa, daß sie die Ausbeuter zwingen wollen, die Arbeitszeit auf jeden Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich zu ver-längen, damit das riesige Erwerbslosentum in den Betrieben untergebracht werden kann, nein, im Gegenteil, sie fordern mehr Erwerbsmittel für Kostlandsarbeiten. Weiter nichts! Durch diese „Forderung“ wird der Erwerbslosigkeit und dem Hunger nicht begegnet. Wir Kommunisten fordern natürlich ebenfalls Bereitstellung von Mitteln für Kostlandsarbeiten, be-zogen aber dabei, daß diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit keineswegs beheben, sondern nur dazu dienen können, der jämmerlichsten Notlage unmittelbar zu begegnen. Darüber hinaus muß, sollen nicht Millionen elend zugrunde gehen, der Kampf um

Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnausgleich

unabweislich durchgeführt werden. In der sächsischen SPD-Presse wurden im Februar zwei Artikel zu der Arbeitszeittage ver-öffentlicht. Einer von Felix Kummer aus der „Metallarbeiter-zeitung“ und ein anderer aus der Wiener „Arbeiterzeitung“. In diesen Artikeln wurde gefordert, daß die Rationalisierung unbedingt zur Einführung des Sechsstunden-tages führen müsse. Kummer ging sogar so weit, von der fünf-tägigen Woche zu reden. Entscheidend aber war an diesen „Forderungen“, daß sie nicht als Kampfheft für die Arbeitermassen selbst, sondern als „Beratungsheft“ für die verfallenen Sozialisten im

ADGB und JCB hingestellt wurden. Die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit dürfen die „Linken“, wenn sie für die Truttbourgeoisie regieren wollen, natürlich nicht einmal in der Agitation erwähnen. Diese Kooptationstendenzen werden selbstverständlich streng beachtet. Voraus-gesetzt sich, welchen Wert die Regierung der Sozialisten für die Arbeiter in Wirtschaft hat. Bezeichnend, wie die „Linken“ ihre Aufgabe, „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, die sie in jenen Zeiten herausposaunen, auflassen, ist der Punkt E. Es heißt da: „Für die Finanzierung von Talperrerbauten unter der Voraussetzung einer Einigung mit dem Reich 11 Millionen Reichsmark, davon für das laufende Etatsjahr 3 Millionen Reichsmark.“ Sie machen also ihre Regierungslust davon ab-hängig.

Was das Reich zur Finanzierung der Talperrerbauten bewilligt.

Sie denken nicht daran, die hundert Millionen, die für Folge 1 und Folge 2 herausgeworfen werden, auch nur im geringsten zu kürzen. In der Agitation für ihren Massenbetrieb wagen sie diese Frage nicht einmal zu berühren.

Als zweite Forderung wird erwähnt:

„Sicherstellung der Unterbringung für diejenigen Erwerbs-losen, die aus der Arbeitslosenversicherung und der Arbeits-fürsorge ausgeschlossen sind, oder die Unwirtschaft noch nicht erworben haben.“

Dies schlagen sich die Demagogen selbst ins Gesicht, denn niemand anders wie sie verkündet, daß die Erwerbslosen durch Einführung der Versicherung ein Anrecht auf Unter-bringung hätten. Jetzt müssen sie zugeben, daß Massen von Erwerbslosen ohne Unterbringung überhaupt sind, trotz der Lippen von dem „Rechtsanspruch“. Außerdem ist die Formu-lierung

„Sicherstellung der Unterbringung“ elende Demagogie.

eine nichtstehende Redensart. Nach der Prioritätgesetzgebung sind die Gemeinden ohnehin verpflichtet, allen in Not Ge-worbenen aus Prioritätsmitteln eine Unterbringung zu gewähren. Aber es sind gerade die sozialfaschistischen Angehörigen in den Pri-oritatsstellen, die die Ausgebeuteten mit erbärmlichen Hunger-pennissen adjuvieren und diese Notleidenden in der niederträchtig-sten Art behandeln.

Erst vor kurzem stimmten sie einen kommunalistischen Antrag nieder, der fünf Millionen für die Bezirks-fürsorgeverbände forderte.

Die brachten demgegenüber einen eigenen Antrag, der auf vier Millionen lautet. Dadurch wollten sie den Kapitalisten ihre andere Sparanfekt und ihr Verantwortungsbewußtsein diesen gegenüber beweisen. Jetzt verlangen sie Einstellung von fünf Millionen zum Ausbau der sozialen Fürsorge in Beachtung der Landtagsbeschlüsse, d. h. nichts anderes, als es bleibt bei dem gegenwärtigen Zustand. Der Landtag hat nämlich beschlossen, die eingestellten Überweisungen an die Bezirksfürsorgeverbände bei einem früher beschlossenen Betrag von 10 Millionen zu be-zuglichen. Diese Art „Forderungen“ aufzustellen und als Pro-gramm für die Arbeiter in bewachen, können nur ausgemachte Demagogen.

„Schwangeren-Behilfe“

Die Schwangeren-Behilfe soll nach einer weiteren Forde-rung in der Höhe weiter gewährt werden, wie sie bis zum 31. Januar 1930 gewährt wurde. Dabei sind die Arbeiter in den Ministerien Sachens für diese sozialpolitischen Fragen viel-fach Sozialdemokraten. Ueberdies liegen bereits längst die entsprechenden Anträge von den Kommunisten vor.

„Kampf den Massensteuern!“

Das ist eine Erhöhung der Massensteuern an-zudeuten, ist nach den bisherigen Erfahrungen in Sachens als auch im Reich eine Selbstverständlichkeit. Ihr Programm fordert: „Umgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer.“ Schon die letzte Regelung der Grund- und Gewerbesteuer in Sachens ist mit der Sozialdemokratie beschlossen. Gerade sie haben kürzlich die kommunalistischen

Forderungen abgelehnt, nach denen die kleinen Gewerbe-betriebe und kleinen Grundstücksbesitzer geschützt werden und bis zu einem bestimmten Umlage überhaupt befreit werden sollen. Jetzt kommen sie mit der Maske: „Weitgehend die Schonung der kleinen“, und wenn sie wirklich im Land-tag dazu Stellung nehmen werden sie wie bisher die Massen-belastung, wie sie von den Interessen der Truttbourgeoisie diktiert sind, sie zu realisieren, d. h. Antreiberei und Abbau der unteren Schichten.

„Sparmaßnahmen“ in der Verwaltung

Die Forderungen „Reorganisation und Vereini-gung der Verwaltung“ sind alte Forderungen der Finanzkapitalisten und ein Beweis, daß die „Linken“ bereit sind, sie zu realisieren, d. h. Antreiberei und Abbau der unteren Dienststellen bis zum Aussterben zu treiben.

„Zuverlässige Republikaner“

Die Forderung nach der Belegung der Stellen in Polizei und Gendarmerie mit „zuverlässigen Republikanern“ ist geradezu lächerlich.

Wer ist nicht alles von der SPD als „zuverlässiger Republikaner“ bezeichnet worden!

Erzener, Gehler, Wilhelm Marx und eine ganze Anzahl schwärzender und brutaler Reaktionsäre

Warum gerade jetzt das „Krampfprogramm“?

Der Grund dafür, daß gerade jetzt dieses Programm ver-öffentlicht wird, ist, daß die SPD im Reich, nachdem sie der Bourgeoisie Milliardengehälter auf Kosten der breiten Massen zukunfts, einmal wieder ausgeschliffen wird. Hermann Müller und Severing haben ihre Schuldigkeit getan, Büchel und Reichner wollen den Youngplan in Sachens unterstützen, obgleich die Volkspartei wiederholt die Koalitions-angebote — selbst ohne irgendwelche Bedingungen — seitens der „Linken“ zurückwies. Aber selbst wenn die Volkspartei ver-lungen sollte, die alte Koalition wieder wammenspezifischen, so hat Tschammer dem Landtag bereits verkündet, daß

die SPD selbst in der Opposition „verantwortungs-bezwahnte Arbeit“ für die Kapitalisten leisten werde.

Killinger steuert Badbord

Gestern für die Volkspartei — heute „neue Lage“

Die Falkenkreuzer im sächsischen Landtag sind ausgemachte Parletine und wollen durch rührende Demagogie ihre faktische Dienstlosigkeit für die Truttbourgeoisie vertuschen.

Noch am Dienstag stimmten sie für den Vertrauensmann des Finanzkapitals

und heute — nachdem selbst die rückständigen Anhänger des Killinger merken, daß die Hitlerpartei nichts anderes macht als die SPD, daß sie mit der SPD einen widerlichen Konkurrenz-kampf um die Wählerstimmen führt — jetzt wird es heutzutage für die Faschisten und der Herr Kapitänleutnant a. D. Killinger wird kurz entschlossen das „Steuer drum“, aber nicht etwa aus prinzipiellen, sondern demagogischen Gründen. Sie sind gefehrigte Schüler der End und Konforten. Kent, nachdem sie entlarvt sind, wird bombastisch erklärt im „SP“:

„Nunmehr ist für uns Nationalsozialisten ein voll-kommen neuer Zustand geschaffen, das sächsische Parla-ment hat sich in dieser Zusammenkunft als vollkommen un-fähig erwiesen. Man kann als Beweis für diese Unfähigkeit auch noch die in den letzten Wochen geführten Landtags-sitzungen heranziehen. Was sich dieser Landtag an händiger Qualifikation geleistet hat, ist einfach nicht mehr zu überbieten. Ein vollständig unmögliches Präsidium ließ es zu, daß der Kommanant Kerner drei bis viermal an den einzelnen Sitzungstagen dieselbe Rede vom Stapel ließ. Die Präsidenten stießen es zu, daß die Sozialdemokraten und Kommunisten zum Gaudium der Anwesenden ihren hässlichen Streit ab-machten, und nie bei einer der hundertfachen Präsidien es gewagt, einen dieser Quatschsprüche zur Sache zu rufen. Und wie es bei den Debatten über die verschiedenen Fragen war, so ging es auch bei der Aussprache über die Wahl des Minister-präsidenten zu.“

Diese wenigen Bemerkungen sind ein ganzes Pro-gramm. Erst wird gesagt, daß der Landtag in anderer Zu-

stimmung demagogische Programme, das die Landbesitzer von der sächsischen SPD beschlossen haben, bestätigt das. Die Arbeiter aber müssen daraus erkennen, daß die sozialfaschistischen Führer — auch wenn sie mit „linken“ Redensarten auftreten die ge-fährlichsten Feinde des Proletariats sind. Der einzige Ausweg für die Arbeiter ist, mit der kommunistischen Partei den Kampf aufzunehmen für die Tagesforderungen, der gesteigert wird zum Kampf um ein Sowjetdeutschland.

Kaufen um die Ministerkandidatur

Wie weit die „Linken“ schon heruntergekommen sind, zeigt der Kampf um die Ministerkandidatur. Montag war eine Kauferei der Inhasen, wobei am Schluss 20 für Lipinski und 26 für Reichner stimmten. Keine prinzipiellen, sondern persönliche Differenzen herrschen bei den Büchel und Lipinski.

zusammenlegung mehr „Fähigkeiten“ aufbringen wird, sie sind also mit dem Parlamentarismus ausgesöhnt, wenn die Beschlüsse des Truttbourgeoisie milderungslos durchgeführt werden.

Weiter haben sie die Forderung des Sozialdemokraten Bud gegen die Abrechnung der Kommunisten mit den Sozialisten übernommen. Natürlich wiederum zur Rettung des Parla-men-tarismus!

Und besonders kommt darin zum Ausdruck die prinzipielle Gegnerschaft mit dem Kommunismus, die allen Kapitalisten eigen ist.

Aus der Forderung der Nazis nach Landtagsauf-lösung ergibt sich demnach nichts anderes als die bloße Fier nach Anterrippen und sie sind ebenso wie die SPD oder KSP bereit, für einige Gründe dem Truttbourgeoisie auch im Staats-apparat zu dienen. Von dem revolutionären Phrasen alles nichts übrig, sie sind zur Hinführung gegen das Volk.

Rübe Demagogen

Die Falkenkreuzer sind zweifellos zu den schamlosesten Volks-be-trügnern zu zählen. Diese Büchsen wagen folgendes in ihrem Blatt, dem sächsischen Beobachter, zu schreiben:

„Die Verhandlungen der Regierungsparteien gehen, nach dem Bonaerklärungen und die neuen Massensteuern glück-lich mit Hilfe der volks- und arbeiterverräterischen SPD unter Dach und Fach gebracht sind, dahin, einmal die Faschisten noch weiter zu kränken und zweitens unter dem Deckmantel der sogenannten Reform der Arbeitslosenversicherung bedrohlich an den Abba der Sozialpolitik heranzugehen.“

Alle Welt weiß, daß die Nationalsozialisten bei der Massen-belastung durch Steuern, Abba und beim Abbau der Sozial-politik mit den Regierungsparteien einig sind. Sie beglücken somit dieselben Verfahren wie die SPD.

12 kommunistische Abgeordnete der Immunität beraubt

Berlin, den 27. März 1930.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Preussischen Landtags hat in 12 Fällen die Immunität kommunistischer Abgeordneter aufgehoben, und zwar in fünf Fällen für den Genossen Wad-mann, in zwei Fällen für die Genossen Müller (Helsen), Rau und Ventsch, und in einem Fall für den Genossen Arthur Golke. Weitere 12 Anträge auf Aufhebung der Immunität unserer Genossen liegen dem Geschäftsordnungs-ausschuss noch vor.

Am Donnerstag lagen dem Plenum des Landtags die vom Geschäftsordnungsausschuss angenommenen Anträge auf Auf-hebung der Immunität zur Behandlung vor. Sozialfaschisten und Bürgerliche sind eingeschlossen, keineswegs Immunität mehr für Kommunisten gelten zu lassen. Sie hielten es gar nicht mehr für nötig, in den unerhörten Immunitätsverbrechen das Wort zu nehmen. Mit vollem Recht betonte deshalb der Redner der kom-munistischen Fraktion, Genosse Oshu, daß diese trageförmige Preisgabe der Immunität für kommunistische Abgeordnete dem-fütren muß, daß die Klassenjustiz für jeden Dreißigsten er-hebt und daß im Laufe dieses Jahres überhört die Zahl der

Strafverfolgungen von kommunistischen Abgeordneten weit über 100

hinausgeht. Bei einer derartig zahlreichen Preisgabe der Ab-geordneten-Immunität zeigt sich, daß die parlamentarischen Land-taglichen Verfassungskomitee in einer Phase werden, wenn sie zugunsten von Kommunisten zur Anwendung kommen lassen. So soll die Immunität des Genossen Müller (Helsen) aufgehoben werden, weil er zwei Flugblätter verstreut hat, in denen die die Erwerbslosen das Recht der Demonstration für Arbeitsbe-dürfnisse verlangt und verteidigt wird. In größerer Zahl soll die Immunität schon wegen „Beleidigung“ preisgegeben werden, obwohl die Behörde sich vorher keineswegs bemüht hat, den behaupteten Sachverhalt von sich aus nachzuprüfen. Es kommen die Abgeordneten Ventsch und Golke wegen Beleidigung der Bürgermeisters von Brandenburg, Rau wegen Beleidigung des Oberpostdirektors Bornemann und Wadmann wegen mehrerer Professeurbeleidigungen, darunter des preussischen Innen-ministers, in Frage, die in dem Vorwurf nachlässiger Verfolgung der Bombenattentäter durch die Polizei erblich sind. Ein

Haupttreiber bei diesem Immunitätsraub ist der sozial-demokratische Abgeordnete Sellmann.

der sogar die Vorverlegung der Verhandlung wegen der kommenden Osterferien des Parlaments verlangt hat.

Probozierender Schiedspruch

für die Arbeiter der Herren- und Damenwäschereiberei

U. Sandburg, 27. März. Der in der Deutschen Herren- und Damenwäschereiberei gültige Lohnvertrag ist zum 20. März d. J. von beiden Seiten gekündigt worden. Der von unpar-teiischer Seite nach langwierigen Verhandlungen gefällte Schiedspruch ist von Arbeiterseite abgelehnt, von den Unternehmern aber angenommen worden. Letztere beabsichtigen

jezt, ihren Reichsarbeiterrichtern die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedspruches zu beantragen.

Wie die U aus Kreisen der Gewerkschaften erfährt, werden diese sich einer etwaigen Verbindlichkeitserklärung des Schieds-pruches, der ihnen eine durchaus nicht zureichende Lohnhöhung bringt, mit allen Mitteln widersetzen (?) und es auf einen Lohnkampf ankommen lassen. Von einem etwaigen Lohnkampf würden in Deutschland etwa 25-30 000 Arbeitnehmer betroffen werden.

Unter roter Vormarsch

Oppositionsmehrheit im Städt. Rat

Im Städt. Rat der Stadt Dresden-Bühlis-erhielten die Opposition 38 Stimmen, die Reformisten 12. Dieser Teilerfolg auf dem Städt. Rat ist ein großer, als der Kandidat der roten Liste im letzten Augenblick zurückgetreten war.

Schacht, Frey, Altewissen. Es erhielten Stimmen: die Refor-misten 348 (453), Christen 241 (449), Opposition 806 (454).

Joachim, Schonnebeck; Reformisten 341 (314), Christen 254 (281), Linke 83, Opposition 300 (249).

Eusebius 1-2, Altewissen; Reformisten 360, Christen 320, Opposition 443. Zum ersten Male wurde hier eine rote Liste aufgestellt, vorher war kein Genosse im Stadtrat.

Wilhelmine-Viktoria 2-3, Gellert; Reformisten 323, Christen 292 (368), Opposition 295, Linke 39. Auf dieser Schiedsanlage war der Reformist Seibert zu den Sozialfaschisten gegangen.

Konstantia 4-5, Herzog; Reformisten 302 (285), Christen 385 (422), Linke 45 (46), Opposition 363. Hier wurde zum erstenmal eine oppositionelle Liste aufgestellt, von sechs Kandi-daten der Opposition wurden vier gemässigt.

Wilhelmine, Neulissen-Arbeitslosen; Reformisten 430 (678), Deutsche Arbeiter 82 (140), Angehörige 15, Christen 95 (96), Opposition 351. Auch hier wurde zum erstenmal eine rote Liste aufgestellt.

Im Berliner Verkehrsbezirk Hachebeil, wo gleichfalls zum erstenmal eine rote Liste aufgestellt wurde, erhielt die revo-lutionäre Opposition 228 Stimmen, die Reformisten 377.

Auf dem Städt. Rat in Sagan erhielt die Opposition 93 Stimmen, die Reformisten 92.

Schlafstadt Schulze-Schlagbaum im Muppertal; rote Liste 180, Christen 102. In diesem Bezirk wurde zum ersten Male eine rote Liste aufgestellt. Im vergangenen Jahr brachten die Faschisten den Arbeiterrat vollständig. Lediglich ist der Wä-dlung der Faschisten Stimmen kein Einzelfall. So gingen die Stimmen der Christen 3 B. u. der Arbeiter 525 zurück. Das ist die Antwort der Arbeiter am linken Niederrhein auf die unheilvolle Antisowjet- und Kriegshetze des Papstes und der Kirche.

Bei der Städt. Rat in Frankfurt a. M. erhielt die Opposition, die bisher im Stadtrat überhaupt nicht ver-treten war, 352 Stimmen, die Reformisten 340 die Christen 74. Die Polizei hofft hier den Sozialfaschisten und sich nach am Tage der Wahl die Betriebszeitung „Der rote Besen“ beschlagnahmen